

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, R.-O., Dresden.
Geldgeber: Schmidt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Porto: 12 Mark für ein Jahr, 4 Mark für ein Semester, 2 Mark für ein Vierteljahr. Einzelhefte 5 Pfennig. Auslandsendung 10 Pfennig. Fernschreiben: Dresden, Nr. 1268.

Schriftleitung: Weinstraße 10, Fernsprecher Nr. 2531. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 2531 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelheft 5 Pfennig. Grundpreis: die 39 Nummern des Monatsheftes 1 Mark 50 Pfennig, die 99 Nummern des Jahresheftes 12 Mark 50 Pfennig. Familienanzahlungen, Studenten- und Vorkursgebühren 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pfennig.

Nr. 103

Dresden, Donnerstag den 3. Mai 1928

39. Jahrg.

Keudells Katastrophe

Das Reichsgericht entscheidet gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts, der die Angelegenheiten des Staatsgerichtshofes erledigt, fällt am Mittwoch folgende Entscheidung in der Affäre des Keudellschen Rotfront-Verbots:

In Sachen des Rotfrontkämpferbundes hat das Reichsgericht, 1. Strafsenat, beschlossen:

1. Die Weigerung der Landesregierungsbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rotfrontkämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist bestritten.

2. Die Kosten des Verfahrens werden dem Deutschen Reich auferlegt. Der Senat hält die Verurteilungen des § 129 des Strafgesetzbuches für den ganzen Rotfrontkämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiejen. In Frage kämen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gänge, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Reichsgerichts.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bedeutet eine politische Niederlage ersten Ranges für Herrn v. Keudell, den deutschnationalen Reichsinnenminister. Der Spruch des Staatsgerichtshofes, der den Ländern beheimatet, daß ihr Einspruch zu Recht erfolgt ist, enthält, wenn auch unausgesprochen, die Feststellung, daß das Verbotverfahren des deutschnationalen Reichsinnenministers zu Unrecht erfolgt ist. Er bestätigt, daß Herr v. Keudell die Garantien der Verfassung und die demokratischen Rechte der Staatsbürger vier Wochen vor der Reichstagswahl verletzen wollte, parteipolitische Ziele verfolgte. Die Niederlage des Herrn v. Keudell wiegt um so schwerer, weil jedermann in Deutschland weiß, daß der Staatsgerichtshof alles andere als Sympathien für die kommunistische Partei und ihre Organisation besitzt. Der Staatsgerichtshof steht Herrn v. Keudell sehr nahe. Doch er hat sich gegen Keudell entschieden hat, ist der härteste Beweis dafür, wie weit der deutschnationalen Innenminister bei seinem Ersuchen von den Vorschriften des Rechts abgewichen ist.

Herr v. Keudell hat sich gerühmt, daß er diesen Fall durchkämpfen wolle. Was will er nun tun? Will er zurücktreten? Er wird nicht daran denken. Aber gleichviel, was er nun auch tun wird — er wird am 20. Mai sehr gründlich bestraft werden.

Die Sieger in diesem Streit sind nicht die Kommunisten.

Sie sind mit Herrn v. Keudell gemeinsam hereingefallen. Täglich haben sie gebetet: Heiliger Staatsgerichtshof, erhalte uns diesen kostbaren Agitationsstoff gegen die Sozialdemokratie! Ihre gesamte Agitation war auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie, nicht auf den Kampf gegen den deutschnationalen Innenminister abgestellt. Gemeinsam mit Keudell wollten sie die Sozialdemokratie schädigen. Dieses Mandat ist gründlich gescheitert! Die kommunistische Presse hat vom 18. April an, dem

Tag, an dem das Ersuchen des Herrn v. Keudell erging, bis zum heutigen Tage eine schamlose demagogische Hetze gegen die Sozialdemokratie betrieben. Am 18. April schrieb die Rote Fahne über den Einspruch der Preussenregierung:

„Jedermann weiß, was dies bedeutet. In der Sprache irgendeiner Partei, in der Tat reiflose Durchführung der Bürgerblockbefehle. Man wird bald sehen, daß unter den wichtigsten Vorwänden die Verurteilungen und Verhaftungen mit einem Haufen von Verurteilungen gegen den RFB, beginnen werden. Bei dieser ersten großen schändlichen Deklaration des imperialistischen Deutschlands stehen sozialdemokratische Führer Pate.“

Am 26. April rief die Rote Fahne aus: „Die SPD-Führer in der Reichstagswahl“, und am 1. Mai konnte man in diesem Blatte lesen: „SPD-Mitte für Keudell, schonlose Demagogikentwürfe des sozialdemokratischen Innenministers. Herr Grzesinski bewilligt sich, noch vor dem 2. Mai seinerseits als Schlichter Keudells für diesen in die Presse zu springen.“ In der Flugblattpropaganda der Kommunisten und der Roten Frontkämpfer aber versüßte man sich zu der schamlosen Behauptung: „Die Sozialdemokraten haben dieses Verbot gebilligt, sie stehen mit Keudell unter einer Decke!“

Das war der Lauf desir, daß der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski sich schäufend vor den RFB, gegen Keudell stellte und den Staatsgerichtshof angriffen hat! Er hat bei seiner Verteidigung des demokratischen Rechts gesiegt. Um so größer ist die Demagogie der Kommunisten zusammengebrochen.

Am 21. April nahm die Rote Fahne prinzipiell Stellung zu dem preussischen Einspruch:

„Die sozialdemokratische Opposition gegen Keudell ist ein demagogischer Versuch der Klasseninteressen des Proletariats... Die spezielle Rolle der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen unter der Herrschaft des Bürgerblocks besteht eben darin, den breiten Massen des Proletariats vorzutäuschen, daß sie auf dem Wege der Demokratie, sei es nun der sozialdemokratischen Koalitionsregierung oder der parlamentarischen Wahlendemokratie, ihre Existenz gegenüber der Gewalt Herrschaft des Proletariats verteidigen können. Ebenso steht es mit dem Einspruch der Koalitionsregierungen gegen das Verbot des Rotfrontkämpferbundes. Die Koalitionsregierungen postulieren, appellieren an die demokratische Verfassung und ihre Organe, um das Proletariat zu demütigen — aber das Proletariat mit seinem Staatsgerichtshof wird handeln.“

Die Kommunisten haben diesen Fall zu einer prinzipiellen Frage zwischen SPD, zwischen Demokratie und Abgabe an die demokratische Verfassung gemacht. Mit dieser prinzipiellen Frage wollten sie den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie bestreiten. Die Frage ist praktisch entschieden. Der Staatsgerichtshof hat gehandelt. Er hat gegen Herrn v. Keudell entschieden. Es hat sich gezeigt, welchen Wert die Demokratie, die starke Stellung der Sozialdemokratie in den Ländern für die Arbeiterschaft, für die Behauptung des demokratischen Rechts besitzt. Die Entscheidung ist gefallen — gegen die Kommunisten.

Alles beim Alten?

Die Niederlage der Kommunisten

P. Paris, 1. Mai. (Eig. Draht.)

Konfusion war das Kennzeichen des Wahlkampfes, Unklarheit ist auch das Merkmal des Wahlergebnisses. Das wichtige Pariser Votum hat wohl den Nagel auf den Kopf getroffen, als es Montag früh mit fetten Lettern verkündete: „Alle Parteien werden jetzt Siegesmännern anstimmen, aber nur die Republik hat gesiegt.“

In der Tat beweisen die Äußerungen aller Blätter von rechts bis links, daß sie mit dem erzielten Ergebnis nicht unzufrieden sind. Die Rechtspresse regnet die Zahl der Abgeordneten zusammen, die einer Regierung Poincaré Gefolgschaft zu leisten bereit sind, und kommt dabei zu dem Resultat, daß das Ministerium nahezu über eine Zweidrittelmehrheit verfügen werde. Die bürgerliche Linkspresse ist nicht minder zufrieden mit der Tatsache, daß die Gewinne der Rechten geradezu minimal sind, gemessen an der ungeheuren Propaganda der letzten Monate für die „nationale Einheit“, gemessen jedenfalls an den Hoffnungen, die im ersten Augenblick nach dem ersten Wahlgang unter den Republikanern entstanden waren. Die überlebende republikanische Disziplin hat sich tatsächlich wieder einmal glänzend bewährt. Sie beweist, daß die große Masse des französischen Volkes demokratisch fühlt und daß sie in kritischen Augenblicken rein instinktiv zur entschiedenen Abwehr jeder reaktionären Gefahr entschlossen ist.

Selbst die kommunistische Sunanität hat die Prognose des Deuere wahrgenommen. In einer Erklärung des kommunistischen Parteisekretariats wird allen Erstes behauptet, daß die kommunistische Partei „gestärkt“ aus der Schlacht hervorgehe und den revolutionären Kampf mit größerer Siegesgewissheit denn je allein gegen alle aufnehmen werde. Aber diese Kundgebung klingt geradezu lächerlich, wenn man die katastrophale Niederlage erkennt, die die Volkswirtschaft in doppelter Hinsicht erlitten haben: Einmal rein ziffernmäßig durch den Verlust der Hälfte ihrer Mandate, vor allem aber durch das vollständige Auseinanderlaufen ihrer Wähler vom ersten Wahlgang, die sich größtenteils dem Leufel um den Posten der Partei getrennt haben. Die französischen Kommunisten gehen einer sehr schweren Krise entgegen, ja, diese Krise ist bereits unter ihnen ausgebrochen, und sie wird heftige Auswirkungen nicht nur auf die französische, sondern auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung haben. Natürlich hat die Sunanität noch die Dreistigkeit, die Sozialisten für die Niederlage verschiedener ihrer Führer verantwortlich zu machen. Die Sozialisten hätten die Pflicht gehabt, ihre Stimmen den Kommunisten geschloßen zur Verfügung zu stellen, die Kommunisten aber den Sozialisten nicht eine Stimme! Wahrscheinlich werden die kommunistischen Leiter und sogar ein großer Teil der Führer über diese Unvorsichtigkeit selbst entsetzt sein.

Das einzige Blatt, das in dem Chor der Zutriedenen eine Ausnahme bildet, ist der sozialistische Populaire. Seine pessimistischen Kommentare sind vielleicht darauf zurückzuführen, daß sie zu einer Stunde geschrieben wurden, zu der das Gesamtergebnis noch nicht vorlag und besonders zahlreiche sozialistische Erfolge in Südfrankreich noch nicht bekannt waren. Außerdem hat im ersten Augenblick die Niederlage Blums auf die Redaktion des Populaire deprimierend gewirkt, obwohl man seit dem 22. April nur schwache Hoffnungen hatte, sie zu verhindern. Vor allem herrscht in sozialistischen Kreisen eine berechtigte und unbefriedigende Erbitterung über die Tatsache, daß das proletarische Nordfrankreich lediglich durch den kommunistischen Wahlsinn zum großen Teil den Vertretern der Schwerindustrie ausgeliefert worden ist. Aber trotz alledem muß gesagt werden, daß, wenn es eine Partei gibt die mit dem endgültigen Ergebnis zufrieden sein könnte, es gerade die Sozialistische Partei ist. Die Kammer freilich hätte bei einer anderen Haltung der Kommunisten eine Kammer der Linken sein können, vielleicht sogar noch entschiedener links als das Parlament des Luftkartells von 1921. Aber es liegt kein Grund vor, das neue Parlament umgekehrt als ein ausgeprochenes reaktionäres Parlament zu stemmen.

Die Parteileitung der Radikalen hat eine eigene Statistik herausgegeben, durch die der Radikale erbracht werden soll, daß das Schwergewicht der neuen Kammer auf der linken Seite liege und daß insbesondere die Radikalen selbst gestärkt aus dem Kampf hervorgehen. Auch das ist eine vorläufige Prognose, bei der der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Gerade bei zahlreichen Radikalen läßt sich heute nach unmöglich sagen, ob sie nach rechts zur Gruppe Poincaré oder nach links zu den Sozialisten halten werden. In diesen Stunden, wo die Parteistimmungen unter den Wählern völlig verkommen sind und wo die Parteidisziplin ein fast unbekannter Begriff ist, wird man bis zu den entscheidenden Abstimmungen warten müssen, ehe man den Umfang und vor allem die allgemeine Tendenz der Regierungsmehrheit wird feststellen können.

Das ist nämlich die Kernfrage: Wird Poincaré mit der Linken allein unter Abstoßung der Rechten regieren können, wie er es anscheinend möchte, oder wird er auf die Rechte weiter angewiesen sein und dadurch in einen Gegensatz zur Linken gebracht werden, den er vermeiden will? Diese Kernfrage konnte selbst der Minister-

Deutschnationale Wahlrede.



— nicht eher ruhen, nicht eher rasten, bis ganz Deutschland eine einzige runde schwarzweiße Sache ist —



— und dann kommt die Zeit für den erhabenen Wölferfürsten mit der nationalen Diktatur —



— und dann, ja dann werden wir den Arbeitern endlich beibringen, was arbeiten heißt! —